

verständliche Gemeinschaft, das offene Gespräch, die redliche Zusammenarbeit unerlässlich. Wenn wir uns selbst kritisch betrachten, spüren wir, daß da noch viel zu tun bleibt. Gerade hier aber bitte ich Sie mit besonderer Dringlichkeit, alle Ansatzpunkte zur Verlebendigung der Priestergemeinschaft zu hegen und das brüderliche Gespräch zu pflegen. Was können wir tun, um über die Entfernungen unserer Wirk- und Wohnstätte hinweg die *vita communis* zu pflegen? Gibt es nicht auch hier für den Weltklerus Möglichkeiten, ein gemeinsames Leben auf Zeit oder auf die Dauer zu führen? Solche und ähnliche Fragen mögen in unserer Mitte lebendig sein und zu guten Ergebnissen reifen.

Meine lieben Mitbrüder! Wir haben nun einige Überlegungen über wesentliche Strukturelemente unserer priesterlichen Existenz angestellt. Solche Einsichten sind notwendig; sie müssen uns lebendiger Besitz und vertraute Haltung werden. Aber wir wollen keine unfruchtbaren Existenzgrübler sein, sondern gläubende, liebende Jünger des Herrn. Hören wir sein unverkürz-

tes, unverfälschtes Wort, gehen wir hochherzig seinen Kreuzweg und folgen wir ihm in österlicher Freude nach! Mit Bedacht schließe ich nun unser brüderliches Gespräch, indem ich scheinbar das Gesagte hinter uns lasse, mit dem Wort der Bergpredigt: „Suchet zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit, und all das wird euch hinzugegeben“ (Matth. 6, 33).

Beten wir füreinander und stehen wir zueinander, daß uns das herrliche Wagnis unseres priesterlichen Lebens in der Kraft des Herrn gelinge.

¹ Vgl. Jakob David, *Theologie der irdischen Wirklichkeit*, in: *Fragen der Theologie heute*. 3. Aufl. (Einsiedeln 1960) S. 549–567 mit dort angegebener Literatur; Alfons Auer, *Weltoffener Christ*. 2. Aufl. (Düsseldorf 1962).

² Vgl. Bernhard Häring, *Das Gesetz Christi* (München 1961) 3 Bände, vor allem I., S. 139 ff. über die Freiheit; S. 284 ff. über das Gesetz mit dort angegebener Literatur; Bernhard Häring, *Christ in einer neuen Welt* (Bonn 1958) S. 59–90.

³ Besonders seien die Beiträge von Alfons Auer und Franz Böckle empfohlen in dem auch sonst sehr lesenswerten Buch „Priesterlicher Lebensstil in der Gegenwart“ (Würzburg 1962). Dort wird noch andere Literatur genannt.

Aus dem Leben des deutschen Katholizismus

Die Vierte Arbeitstagung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken in Münster in Westfalen

Vom 18. bis 21. März 1964 fand in Münster in Westfalen die Vierte Arbeitstagung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken statt. Die alle zwei Jahre und im Katholikentagsjahr stattfindende Arbeitstagung des Zentralkomitees unterschied sich von den bisherigen in Saarbrücken, Ettal und Freiburg (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 443 ff., 14. Jhg., S. 387 ff., 16. Jhg., S. 416 ff.) vor allem dadurch, daß der Arbeitscharakter der Zusammenkunft in der Auswahl der Teilnehmer stärker zum Ausdruck kam. Es nahmen ungefähr 500 Personen daran teil. Erfreulich war dabei der verhältnismäßig hohe Prozentsatz jüngerer Kräfte.

Das Referat Prälat Hansslers

Wie bisher wurde die Arbeitstagung eingeleitet durch einen Vortrag des Direktors im Hause des Zentralkomitees in Bad Godesberg, Prälat Bernhard *Hanssler*: „Der neue Blick auf die Welt“. Er brachte die Thematik der gesamten Tagung in Zusammenhang mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil. Dabei griff er vor allem seinen Ökumenismus heraus und konfrontierte das ihm zugrunde liegende Prinzip mit der Pluralismusformel in der heutigen Gesellschaft. Die Gefahr dieses Pluralismus liege im Praktischen wie im Grundsätzlichen. Im Praktischen: „So ist es unübersehbar, daß man des Sonntags gern von Pluralismus und Toleranz redet, während werktags die einstweilige Verfügung die Verkehrsform zwischen den Gruppen der Gesellschaft darstellt.“ Bedenklicher sei das Integrationsmonopol, das sich einzelne Gruppen zusprechen oder versprechen lassen. Am gefährlichsten aber sei, daß der Pluralismus in einen neuen Totalitarismus umschlagen könne, „sobald man uns nämlich sozusagen auf den Pluralismus vereidigen will, wobei einer dann also nicht mehr innerhalb des Pluralismus seine eigenen Auffassungen vertritt, sondern diese im Gegenteil erst einmal ablegt, um den Pluralismus selbst wie ein neues Credo zu bekennen“.

Demgegenüber bedeute die Idee des Ökumenismus eine im Glauben wurzelnde Haltung der Aufhebung des Freund-Feind-Denkens und den Willen zur Verständigung mit allen Verständigungsbereiten. Der Ökumenismus sei nicht bloßes Stillhalteabkommen, „möglicherweise gar auf der Basis einer agnostischen Beurteilung der Wahrheitsfrage, wobei dem anderen ausdrücklich auf Grund des Gleichheitsprinzips das Recht auf Vertretung seiner Auffassungen zugestanden wird“; Ökumenismus drücke vielmehr die Überzeugung aus, „daß ich bei aller äußeren und oberflächlichen Gegensätzlichkeit mit dem anderen dennoch in der Tiefe verbunden bin, daß es also einen gemeinsamen Wahrheitsbesitz gibt“. Diese Wahrheit „ist eine drängende und treibende Kraft auf Einheit hin“.

Die geistige Revolution dieses Konzilsgedankens — sein früherer Vorläufer war Kardinal Nikolaus von Cues, dessen 500. Todestag dieses Jahr gefeiert wird — wirke sich immer stärker aus in den Äußerungen der Päpste und im Leben der Kirche. Er lege Folgerungen nahe für die gegenwärtige Diskussion unter den deutschen Katholiken über das Kulturproblem im allgemeinen, über unsere katholische literarische Situation und schließlich die Frage nach der religiösen Grundhaltung, die in der neuen Lage gefordert ist.

Die Frage der Überwindung des kulturellen Defizits im deutschen Katholizismus und eines immer intensiveren kulturellen Engagements komme nicht zur Ruhe. Es gelte Kräfte des Vertrauens zu wecken, die aus Glaubensmotiven und Glaubenskräften unseren kulturellen Beitrag zu den Aufgaben der Gegenwart steigern.

Die deutsche Nachkriegsliteratur sei in erschreckendem, wenn auch wohl begreiflichem Sinn „Versehrtenliteratur“. Das sei im Grunde ein unnormaler Zustand. „Die kirchliche, die mit der Frage der Kirche befaßte Literatur muß wahrnehmen, daß die Kirche sich selbst durch das Konzil und unseren Ökumenismus aus den Fängen der vergangenen Epoche löst und neue Themen anschlägt.“

Die geforderte Grundhaltung sei dabei nicht die der Begutachtung, sondern die der Hingabe. Auch in der jungen Generation erzwingen hier die Situation die Scheidung, „weil die globalen Aufgaben und die sich als global erfahrende Kirche die neuen Orientierungen rufen“. In diesem Rahmen stehe auch die Arbeit des Zentralkomitees

der deutschen Katholiken. In ihm sei „Platz für alle, die den Mut zur Mitarbeit haben“. Im gleichen Rahmen stehe auch die Losung des kommenden Stuttgarter Katholikentages: „Wandelt euch durch ein neues Denken“.

Die Arbeitskreise

Die Arbeit auf der Tagung vollzog sich in zehn Kreisen. Sie begann in der Regel mit der Diskussion über einen Lagebericht aus dem jeweiligen Sachbereich, griff dann einige besonders aktuelle Fragen und Aufgaben heraus und kam meist zu Resolutionen, die zur weiteren Bearbeitung oder auch zur Weitergabe an das Zentralkomitee selbst gerichtet wurden.

1. Arbeitskreis:

Einheit der katholischen Laienarbeit in Deutschland

Den Situationsbericht gab H. Schroer, Essen, auf Grund einer umfassenden Umfrage. Referate hielten: über die Verwirklichung dieser Arbeit auf der Ebene des Bistums W. Schorr, Limburg, auf der Stadt-Dekanats-Ebene A. Schneider, Paderborn, auf der Pfarrebene J. Kreitmeier, Eichstätt.

Die Diskussion betonte die notwendige Einheit in der Spannung von Verbands- und freier Laienarbeit; die Notwendigkeit der Verstärkung brüderlichen und partnerschaftlichen Zusammenwirkens auf allen Ebenen, vor allem durch entsprechende Information; insbesondere den weiteren Ausbau der Pfarrausschüsse und der Ausschüsse auf der mittleren Ebene (mit Sach- und Fachausschüssen, die ohne Arbeitsstellen und hauptamtliche Kräfte nicht auskommen) und Maßnahmen des innerdiözesanen Lastenausgleichs sowie die Ausbildung der Mitarbeiter.

2. Arbeitskreis:

Zusammenarbeit der Konfessionen

Die Arbeit wurde eingeleitet durch ein Referat von Prälat Prof. E. Stakemeier, Paderborn, über die Bedeutung des Zweiten Vatikanischen Konzils für die Zusammenarbeit der Christen, in dem die ökumenische Bedeutung des Kirchenschemas sowie des Konzilschemas über den Ökumenismus anhand der Konzilsdiskussion und im Anschluß daran die katholischen Prinzipien des Ökumenismus und ihre praktische Auswirkung erläutert wurden. Nicht bloß die Konzilsvorlage kam dabei zu Wort, sondern auch die Beiträge der Konzilsväter über die Formen ökumenischer Zusammenarbeit im einzelnen. Das evangelische Korreferat hielt Prof. P. Meinhold. Dr. H. Beckel, Münster, gab eine Übersicht über die Formen der Zusammenarbeit im politischen Bereich; Rechtsanwalt L. Höcker, Essen, über die Zusammenarbeit der Konfessionen im sozialen Bereich, A. Schardt, München, über die Zusammenarbeit im kulturellen.

Die Resolutionen sprechen von der Notwendigkeit von Einrichtungen nach Art des Sekretariats zur Förderung der Einheit der Christen für die Verbindung sowohl mit dem Weltkirchenrat wie mit einzelnen orthodoxen und reformatorischen Kirchen und Kirchengemeinschaften auf regionaler Ebene. Sie lenken die Aufmerksamkeit auf die in Deutschland besonders wichtigen Fragen der Gültigkeit der evangelischen Taufe, der Seelsorge in den konfessionell gemischten Ehen, der Überprüfung des konfessionellen Geschichtsbildes, der Erneuerung unserer Sprechweise, des ökumenischen Anliegens im Fürbittgebet der Messe. Nach Art der gemeinsamen Stellungnahme zur Eigentums-

politik sollten auch gemeinsame Orientierungen für die Jugendarbeit, die Schule, Sozial- und Familienpolitik, die Altenhilfe und für die Entwicklungspolitik erarbeitet werden. In den Einrichtungen sollen auch Laienfachleute tätig sein.

3. Arbeitskreis:

Personelle Hilfe im sozialen und karitativen Dienst

Den Lagebericht gab Prälat A. Stehlin, Freiburg, der anhand der Resolutionen der letzten Arbeitstagung in Freiburg eine Übersicht über das bisher Erreichte gab (z. B. intensivere Bewußtmachung der Verpflichtung aller Katholiken zur personellen Hilfeleistung; stärkere Koordination zwischen den katholischen Kräften; Gewinnung der Jugend für soziales Tun und soziale Berufe; Ausbau der katholischen Eheberatungsstellen). Die Arbeitssitzungen wurden grundgelegt durch von K. Hemmerle vorgetragene Gedanken zur personellen Hilfe in einer technisierten und rationalisierten Welt; Msgr. W. Adlhoeh berichtete über die Möglichkeiten zur Erhaltung und Aktivierung der personellen Hilfe in der heutigen Stadtregion; seine Ausführungen, vor allem dem Frankfurter Erfahrungsbereich entnommen, wurden ergänzt durch G. Thurnreiter, Frankfurt, der über konkrete Wege der Verantwortung der Katholiken gegenüber Nothilfe sprach.

In der Resolution wurde auf eine stärkere Zielstrebigkeit der kirchlichen Sammlungen und ihre besondere Empfehlung an die Gläubigen an einem gemeinsamen Caritassonntag gedrängt. Ferner wurde eine Verbesserung der gegenseitigen Informationen zwischen Caritasverband und Personalverbänden gewünscht und der Ausbau der Zusammenarbeit in Arbeitsgemeinschaften sowohl bei den Verbandsspitzen, bei den Diözesen wie in den Gemeinden.

4. Arbeitskreis:

Wege künftiger Familienpolitik

Oberbürgermeister Dr. H. Hutter, Eichstätt, legte einen Text zur Diskussion vor, der, ausgehend von einer Analyse der Situation, vor allem Fragen der Neuorientierung der Familienpolitik behandelte: darunter Sicherung der wirtschaftlichen Grundlage der Familie, Sicherung der Erziehungskräfte der Familie, Einordnung der Familienpolitik in einen neuen Stil der sozialen und gesellschaftlichen Politik. Zu den Einzelfragen sprachen: J. Hamm, Bonn, H. J. Neuhaus, Münster, A. Bönig, Bamberg, J. Matussek, Stuttgart, und H. G. Feldhege, Rheine. Der Ergebnisbericht stellt als Programm künftiger Familienpolitik heraus: Oberster Richtpunkt für ihre Gestaltung sei die dem Eigenwert und der gesellschaftlichen Bedeutung der Familie gerecht werdende Sicherung ihres Lebensraums in der Gesellschaft. Diesem Ziel haben der Familienlastenausgleich und andere wirtschaftliche, soziale, kulturelle, pädagogische und rechtliche Maßnahmen und allgemeine Förderungen zu dienen.

Daraus folge: Familienpolitik ist etwas anderes als Bevölkerungspolitik, Kindergeldpolitik und Armeleutepolitik; Familienpolitik muß stärker als bisher jungen Ehen und Familien Raum zur Entfaltung und freier Entscheidung zum Kinde sichern.

5. Arbeitskreis: Soziale Fragen

Prälat E. Scharl, München, gab eine Einführung in das Thema; aus ihm wurden in der Diskussion vor allem diese Fragen herausgegriffen: Zukunft des Bauerntums. Soll sich die Zahl der landwirtschaftlichen Familienbetriebe

verringern, bis zu welcher Zahl? Soll sich die westdeutsche Agrarstruktur an die EWG anpassen? Was soll mit der jungen Generation geschehen, die aus der Landwirtschaft abwandern muß (Fragen der Umschulung und bildungspolitische Hilfen)? Wie können Angehörige der älteren Generation, die den landwirtschaftlichen Beruf aufgeben müssen, für ihr Alter gesichert werden? Welche Selbsthilfemaßnahmen kann die katholische Landvolkbewegung fördern (Dorfhelferin, Betriebsshelfer)?

Im Ergebnis bejaht der Arbeitskreis die Notwendigkeit einer Hilfe für die Berufsbildung der Jugend, beginnend mit der Volksschule, unter Berücksichtigung der zu erwartenden Änderung der Berufsstruktur, und ein Umschulungsprogramm für die aus der Landwirtschaft ausscheidenden Kräfte; den Ausbau der sozialen Sicherung für die landwirtschaftliche Bevölkerung bei Krankheit, Unfall und Alter, insbesondere für die mithelfenden alternenden Familienangehörigen auslaufender landwirtschaftlicher Betriebe, sowie eine Krankenkassenpflichtversicherung für alle Landwirte unterhalb einer angemessenen Einkommens- oder Vermögensgrenze. Sowohl durch eine umfassende Selbsthilfe des Bauernstandes wie durch ergänzende Hilfen des Staates müsse eine entsprechende Zahl gesunder bäuerlicher Familienbetriebe erhalten oder entwickelt werden.

6. Arbeitskreis: Der deutsche Katholizismus in der kulturpolitischen Auseinandersetzung der Gegenwart

Den umfassenden Lagebericht gab Dr. R. Frohn, Köln. Er berichtete über die Diskussion der Reform unseres Bildungswesens zwischen 1962 und 1964; das Problem der Begabungsreserven; über Familien- und Bildungswesen; Gewissensfreiheit im ganzen Bildungswesen; die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit mit Ausblicken auf Fragen, die besonders vordringlich sind, z. B. die Hochschule, die Lehrerbildung, das Gymnasium, die Realschule, das berufsbildende Schulwesen und den 2. Bildungsweg, Volksschule, Erwachsenenbildung und Büchereiwesen. — Die Arbeitssitzungen beschäftigten sich mit der Strukturplanung der Schule (Berichterstatter: P. Fleig); der Bildungsproblematik der Universitäten (Berichterstatter: M. P. Engelmaier); der Frage nach den Begabungsreserven (Berichterstatter: H. Buss); den Bildungskräften in der freien Gesellschaft (Berichterstatter: Msgr. W. Bokler). Die in den verschiedenen Fragen unterschiedlich, z. T. sehr gespannt verlaufende Diskussion bereitete die eingehende Behandlung dieser Fragen auf der Vertretertagung des Stuttgarter Katholikentages vor. In der Frage nach der Reform unseres Bildungswesens wurde auf die Notwendigkeit katholischer Bildungswerbung, fördernder Maßnahmen der Familienpolitik und des Wohnungsbaues sowie die richtige Streuung weiterführender Schulen hingewiesen. Nachgewiesen erscheinen der weithin nicht genügend gewürdigte Bildungswille kinderreicher Eltern und die erhöhte Bedeutung der katholischen Privatschule im Bereich der weiterführenden allgemein- und berufsbildenden Schulen. Die Bildungsbedeutung der Universitäten ist unbestritten. Ihre Erfüllung finde sie vor allem in der alle ihre Fächer kennzeichnenden unbedingten Offenheit in Verbindung mit theoriezugewandter Strenge. Die Studentengemeinden seien Zentren katholischer Präsenz in den Universitäten und Brennpunkt einer differenzierten Seelsorge: dem müsse ihre personelle und materielle Ausstattung entsprechen. Kollegienhäuser für Studenten sollten grundsätzlich nur auf der Basis der

Freiwilligkeit der Teilnahme und der freien Trägerschaft verwirklicht werden. — Eine Hilfe in der Lösung der Frage der Begabungsreserven sieht der Arbeitskreis in der Schaffung gut ausgebauter Volksschuloberstufen, eines weitgestreuten Netzes von Realschulen, Aufbauzügen, Progymnasien und Aufbaugymnasien, auch als kirchliche und Ordenseinrichtungen. Auch hier wird eine umfassendere kontinuierliche Information aller Interessierten gewünscht. Für überschaubare Räume innerhalb der Ländergrenzen sollten hauptamtliche Bildungsberater bestellt werden, die brachliegende Begabungen suchen und ermuntern und betreuen helfen.

Das Selbstbewußtsein der Bildungskräfte in der freien Gesellschaft wachse. Gewünscht wird für die Förderung katholischer Erwachsenenbildung eine größere Zahl hauptamtlicher Fachkräfte, eine intensivere Förderungsbildung der pädagogischen Mitarbeiter mit entsprechenden Häusern und Räumen. Erhofft wird eine günstige Regelung in der schwebenden Verfassungsklage bezüglich des Jugendwohlfahrtsgesetzes und eine günstige Entwicklung der Verhandlungen des Gesetzentwurfes über soziale Dienste.

7. Arbeitskreis: Kunst

Zugrunde lag den Besprechungen eine Übersicht über das Kapitel VII der Konstitution über die heilige Liturgie, in der das Zweite Vatikanische Konzil Aussagen und Beschlüsse über die sakrale Kunst, liturgisches Gerät und Gewand niedergelegt hat. Dr. F. Tack, Künstlerpfarrer im Erzbistum Köln und Direktor des Erzbischöflichen Archivs für Kirchenmusikforschung, referierte über „Kirchliche Weisung für Kunst und Künstler“. Vorausgegangen war ein Vortrag von Dr. H. Kuhn: „Kunst als Verkündigung“.

Künstler und Theologen formulierten am Ende einer mehrstündigen Diskussion Empfehlungen an das Zentralkomitee der deutschen Katholiken.

8. Arbeitskreis: Verantwortung der deutschen Katholiken für die demokratische Ordnung

Zugrunde gelegt wurde von Dr. P. Hoffacker ein umfassender Lagebericht, der außer Grundsätzlichem Ausführungen über das Verhältnis der Katholiken zur staatlichen Ordnung, über ihr Verhältnis zu den Organisationen der Gesellschaft, zu den politischen Parteien und über das Verhältnis der Katholiken in Mitteleuropa zur Demokratie enthielt. Die Beratungen wurden eingeleitet durch Referate von Professor H. Maier, München, über „Strukturen der deutschen demokratischen Ordnung und der deutsche Katholizismus“, Dr. H. Berger, Den Haag, über das Bild des christlichen Politikers, Dr. G. E. Kafka, Wien, über den demokratischen Prozeß und das Gemeinwohl, und Dr. H. Beckel, Münster, über Recht und Pflicht von Mehrheit und Minderheit in der Demokratie. — Maier betonte, heute bestehe ein besseres Verständnis der Kirche für die Demokratie; sie habe begonnen, das ihr wesensmäßige theologische Verhältnis zur Demokratie zu realisieren. Der Grund liege nicht nur im neuen Selbstverständnis der Kirche, sondern auch in der inneren Wandlung der modernen Demokratie. Die Zuwendung der Kirche zur Demokratie bedeute keine Theologisierung dieser Ordnung, bestehe vielmehr im Ernstnehmen ihrer eigenen Gesetzlichkeit. — Dr. Berger erklärte, persönliche Lebensführung und Amtsführung des christlichen Politikers gehörten unlösbar zusammen. —

In der Diskussion um das Referat von Dr. Kafka entzündete sich der Meinungsstreit um die wünschenswerte Form der Durchsetzung des Gemeinwohles gegenüber weniger repräsentablen oder kampffähigen Interessen. Einige betonten mehr die Autorität des Staates, andere mehr die administratorische Aufgabe der über den Interessen stehenden gesellschaftlichen Kräfte. Auch die gemeinwohlfördernde Aufgabe der Presse im demokratischen Prozeß wurde herausgestellt. — Lebensgesetz der Demokratie wie überhaupt der Politik sei der Kompromiß, die Streiterledigung nach Meinungsverschiedenheit durch endgültigen oder langdauernden Verzicht auf vollständiges Durchsetzen der eigenen Meinung. Die Abgrenzung zwischen Kompromiß und Kuhhandel in der Politik sei im wesentlichen gelungen. Die praktischen Überlegungen des Arbeitskreises bezüglich der kommenden Arbeit kristallisierten sich hauptsächlich um die politische Bildungsarbeit und das Problem der Befestigung unserer Demokratie. In diesem Zusammenhang wurde auf Gefahren hingewiesen: die Monopolisierung der Massenmedien, die zu geringe Repräsentation des Staates und die zu geringe Bereitschaft, die Demokratie wirklich als die dem heutigen Menschen angemessenste Staatsform zu verteidigen.

9. Arbeitskreis: Publizistik

Unter Leitung von Prof. O. B. Roegele, Köln/München, referierten G. Lehner, Dr. H. Heigert und Dr. J. Binkowsky zur Situation der Katholiken in den Medien der Massenkommunikation. Weihbischof W. Kampe, Limburg, sprach über die Stellung der Publizistik im deutschen Katholizismus. In Kurzberichten wurde dann über die Lage in den einzelnen publizistischen Medien und von der Sorge um die Aus- und Fortbildung des publizistischen Nachwuchses gesprochen und über entsprechende Maßnahmen diskutiert (Dir. W. Hagemeyer, Dr. K. Bringmann). Es folgten zwei Referate mit Aussprache von Prof. W. Geiger, Karlsruhe, über den spezifischen Öffentlichkeitscharakter der publizistischen Medien, und Dr. W. Dadek, Freiburg, über gesellschaftspolitische Auswirkungen des Wettbewerbs unter den publizistischen Medien. Den Abschluß bildete ein Bericht von Prälat G. Fittkau, Essen, über das publizistische Dekret des Konzils.

Der Ergebnisbericht stellt fest, daß in allen publizistischen Medien heute spürbar qualifizierter Nachwuchs fehlt. Die Hauptursache liege nicht in weniger guten Aufstiegs- und Verdienstmöglichkeiten, sondern in der wachsenden Ausweitung der Publizistik, insbesondere des Fernsehens. Die vorhandenen Kräfte seien überlastet, die Ausbildung des Nachwuchses werde überstürzt, und darunter leide die Qualität der Arbeit. Die Lösung des Problems verlange Bemühungen auf breitester Basis: Schaffung verbesserter praktischer Ausbildungsmöglichkeiten in allen Medien; Anhebung der publizistischen Allgemeinbildung durch entsprechende Studienmöglichkeiten; Interessierung junger Menschen für die wichtigsten publizistischen Berufe durch intensive Berufsberatung und Förderung. Gerade die deutschen Katholiken sollten zu alldem einen aktiven Beitrag leisten.

10. Arbeitskreis: Unsere Aufgabe in Europa

Eingeleitet wurden die Beratungen durch ein Referat von J. Wissborn, Köln, über das gleiche Thema. Es wurde ergänzt durch Kurzberichte über die Lage der Kirche in Polen und in der Tschechoslowakei. Die eigentlichen Beratungen befaßten sich mit drei Fragen: den Aufgaben

des europäischen Katholizismus in der Welt (Pater H. Haas); sachliche und personelle Fragen der Entwicklungshilfe (W. Ködderitsch, Brüssel, und W. Haubrich, Köln) sowie Hilfsmaßnahmen für Lateinamerika (Prof. H. Görgen, Bonn).

Für die europäische Arbeit wird eine stärkere Einflußnahme auf die öffentliche Meinung im Sinn der europäischen Integration gewünscht. Die wirtschaftliche Fundierung der neuen überstaatlichen Gemeinschaften bedürfe der politisch-rechtlichen Sicherung und kulturellen Belebung. Nüchtern und taktvoll, aber unablässig müsse am Brückenschlag zu den östlichen Nachbarn gearbeitet werden. Entsprechende Formen wurden überlegt. Im Hinblick auf unsere Aufgabe gegenüber der Welt wurde verlangt, ein gewisses Überlegenheitsgefühl in den helfenden Ländern abzubauen und aus einem veralteten Kirchenbegriff hervorgehende Beurteilungen außereuropäischer Ereignisse und Zustände zu überwinden. Wünschenswert sei eine bessere und sachgerechtere Information durch katholische Agenturen und Presseorgane sowie eine verantwortungsbewußte Interpretation der Nachrichten über Ereignisse in den Entwicklungsländern; ferner der Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den katholischen und internationalen Organisationen und Institutionen und gezielte Ausbildung von Führungskräften. Besondere Aufmerksamkeit wird der Vorbereitung von Helfern in Entwicklungs- und Missionsländern und der Bereitstellung auch akademisch gebildeter Führungskräfte geschenkt. — Für Lateinamerika erscheine die Unterstützung bildungspolitischer Projekte unter Mitwirkung katholischer Laien vordringlich; vor allem konkreter Einzelaufgaben im Rahmen der allgemeinen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit der Universitäten, von Rundfunk und Fernsehen, von Presse und Büchereiwesen. Das Bewußtsein geistiger Gemeinsamkeit zwischen Europa und Lateinamerika müsse verstärkt werden. Die katholischen Verbände sollten sich dabei konkrete Nahziele setzen.

Der Schlußbericht

Jeder Tag begann mit einer gemeinsamen Messe im Dom, einmal durch den Bischof von Münster, Dr. J. Höffner, einmal durch den Generalassistenten des Zentralkomitees, Bischof F. Hengsbach von Essen, gefeiert.

In der Schlußveranstaltung gab Pater Johannes Hirschmann SJ, Frankfurt a. M., eine Übersicht über die einzelnen Beratungen und Ergebnisse im Sinne des hier vorliegenden Berichtes und stellte sie noch einmal in den Zusammenhang der Arbeiten des Zweiten Vatikanischen Konzils. Er berichtete dabei über den Stand der Arbeiten in den Entwürfen, die in besonderer Beziehung stehen zur Thematik der Arbeitstagung: den Abschnitt über die Laien (im Entwurf zum Selbstverständnis der Kirche), den Entwurf über das Laienapostolat und den Entwurf über die Kirche in der Welt unserer Zeit. In allen kämen besonders jene Elemente der Kirche zum Ausdruck, die allen Gliedern des Gottesvolkes gemeinsam sind: das allgemeine Priestertum, der Glaubenssinn des Volkes und die charismatischen Gaben des Geistes. Das Apostolat erscheine so vor allem in seiner Einheit, an deren Verwirklichung Hierarchie und Laien je ihren eigenen Anteil hätten. Es habe eine ebenso sehr dem innerkirchlichen Aufbau wie dem Auftrag der Kirche gegenüber der Welt von heute zugewandte Seite. Dieser Auftrag verpflichte die Katholiken, auf die Zeichen der Zeit in den Räumen zu

achten, in denen sie leben, und in ihnen Gottes Ruf zu erkennen und zu beantworten.

Von hier aus ergäbe sich erneut der Zusammenhang der Arbeit dieser Tagung mit dem Thema des kommenden Katholikentages: „Wandelt euch durch ein neues Denken.“ Es gelte, zeitbedingte Fixierungen und Unbeweg-

lichkeiten der Arbeit und des Lebens der Kirche in unserem deutschen Raum zu erkennen und in Geduld und Disziplin zu überwinden; die Möglichkeiten auswertend, die sowohl in Deutschland der Wechsel der Generationen wie in der Weltkirche das große Ereignis des Konzils und die Antwort der Welt darauf böten.

Aus der jüdischen Welt

Die Juden in Deutschland

Die jüdische Niederlassung in Deutschland unterscheidet sich heute unübersehbar von den übrigen Diasporaniederlassungen der jüdischen Volksgemeinde. Man kann diese Unterschiedlichkeit an zahlreichen und sehr verschiedenartigen Phänomenen feststellen. Man wird jedoch immer zu dem einen Ergebnis kommen, daß die Existenz der Juden in Deutschland als einer jüdischen Gemeinschaft in Frage gestellt ist. Diese Gemeinschaft scheint allein schon wegen ihrer Überalterung, aber auch wegen des fortschreitenden religiösen Verfalls zum Aussterben verurteilt.

Nach der systematischen Ausrottung der deutschen und europäischen Juden sind nur noch wenige Juden bereit gewesen, sich in Deutschland niederzulassen. Deutschland ist allein als geographischer Ort einer jüdischen Niederlassung den meisten Juden unerträglich, und die Lebensbedingungen in Deutschland sind nicht geeignet, eine jüdische Niederlassung zu ermutigen. Analog könnte man hier Spanien anführen, über welches nach der Vertreibung und der blutigen Verfolgung durch die Inquisition der Bannfluch verhängt wurde, wo sich bis zur Mitte des letzten Jahrhunderts überhaupt keine Juden mehr niederließen und wo es auch heute noch keine nennenswerte jüdische Bevölkerung gibt.

Eines scheint heute gewiß zu sein: Die Symbiose zwischen Juden und Deutschen, die auch für das Judentum so fruchtbar gewesen ist, hat endgültig aufgehört. Daß ein deutsches Judentum je wieder die Bedeutung erhalten könnte, die es bis zum Jahre 1933 hatte, ist auch für alle Zukunft nicht denkbar. Inzwischen haben sich nämlich nicht nur die jüdischen Zentren nach den USA und Israel verlagert. Viel mehr noch scheint die Zeit der Kultursymbiosen überhaupt vorbei zu sein. Eine kulturelle und zivilisatorische Assimilation wird sich vor allem auf nationaler Ebene vollziehen, voraussichtlich als Teil der kulturellen Angleichung und Nivellierung, an der heute fast alle Völker beteiligt sind.

Nicht weniger erschwerend für das Gedeihen einer jüdischen Niederlassung in Deutschland wirkte die Staatsgründung in Israel. Durch diese hat sich die Exilsituation des jüdischen Volkes entscheidend geändert. Es wird zwar auch in Zukunft eine jüdische Diaspora geben müssen, aber Israel ist als Land der Niederlassung eine wirkliche Alternative zur Diasporaexistenz, und zwar nicht nur materiell, sondern auch moralisch. Man kann aus materiellen Gründen eine Niederlassung in den USA vorziehen, aber es ist für einen Juden keineswegs einfach, sich dem moralischen Anspruch Israels zu entziehen, daß es heute kein Jude mehr nötig hat, sich in Deutschland niederzulassen, solange es in Israel Platz für ihn gibt (und gerade der materielle Vorteil, den viele Juden in

Deutschland suchen, wird den Zurückkehrenden besonders angelastet). Dieser Anspruch wirkt moralisch auch auf jene Juden, die in keiner Weise Zionisten sind. Der Anspruch wirkt aber noch weiter, denn der israelische Staat verlangt, als nationaler und kultureller Mittelpunkt des jüdischen Volkes anerkannt zu werden. Sicherlich vermag sich die angelsächsische Diaspora dank ihrer materiellen und geistigen Prosperität diesem Anspruch gegenüber zu behaupten. Für die deutsche Niederlassung ist dies, wie es sich auch in der Praxis erweist, kaum möglich.

Bevölkerungs- und Sozialstruktur der Juden in Deutschland

Die jüdische Bevölkerung Deutschlands zählt heute etwa 25 000 Seelen und ist so auf ca. 5 % des Standes von 1933 (499 682) gesunken. Man rechnet damit, daß ca. 15 000 Juden die Verfolgung in Deutschland selbst überstanden haben. Ein großer Teil dieser Überlebenden hat in Misch-ehen gelebt und war so der Vernichtung entgangen, ein geringerer Teil (in Berlin waren es 18 %) hat in Deutschland die letzten Jahre des Krieges versteckt oder mit gefälschten Papieren überstanden. Hinzukommen die Überlebenden des Lagers Theresienstadt und die wenigen, die in anderen Vernichtungslagern überlebten. Von all diesen hatten die meisten vor der Verfolgung dem Judentum ferngestanden. Was sie nach dem Krieg zu Juden machte, waren weder religiöse noch nationale Überzeugung, sondern das gemeinsame Schicksal der Verfolgungen und des Ausgestoßenseins. Der größte Teil der Überlebenden war verarmt und konnte nach 1945 nicht mehr in die einst erlernten Berufe zurückkehren (in Köln z. B. waren 1946 60 % der Juden Wohlfahrtsempfänger). 1945 wurden in Deutschland unter 15 000 Überlebenden nur mehr 90 Rechtsanwälte und weniger als 20 Ärzte gezählt, Berufe, die für das jüdische Bürgertum typisch gewesen waren. (Für die Zahlen vgl. H. Maor: Der Wiederaufbau der Gemeinden in der Bundesrepublik, in: „Germania Judaica“ NF 5, 1963, S. 1f.; Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 74 ff., Heinz Ganther: Die Juden in Deutschland [Hamburg 1959].)

Die meisten der heute in Deutschland lebenden Juden finden ihr oft nur sehr bescheidenes Auskommen (die Rentner vor allem dank der Wiedergutmachungsleistungen). Der ungünstige Aufbau der Alterspyramide spiegelt sich in der Statistik wieder: Von 100 Juden sind etwa 35 erwerbstätig (1933: 50), 25 Rentner (1933: 16), 40 Angehörige ohne eigenes Einkommen (1933: 34). Von den Erwerbstätigen werden etwa 70 % Selbständige in „Handel und Verkehr“ angenommen, 15 % Angestellte und Beamte und 4 % Arbeiter (1933: 8 %).

Von der Restgruppe der Überlebenden traten nach Maors Schätzungen (Maor, a. a. O.) nur 6000—8000 den neu gegründeten jüdischen Gemeinden bei. Nach der gleichen